



Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz | Postfach 32 60 | 55022 Mainz

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn
Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/544
VORLAGE

DER MINISTER

Ernst-Ludwig-Straße 3
55116 Mainz
Zentrale Kommunikation:
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4887
Poststelle@jm.rlp.de
www.jm.rlp.de

22. September 2021

Mein Aktenzeichen
4479E21-0012
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Thomas Messer
Poststelle@jm.rlp.de

Telefon / Fax

06131 16 4886
06131 16-4887

Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz am 16. September 2021

TOP 3

Antrag des Ministeriums der Justiz nach § 76 Abs. 4 Vorl. GOLT „Aktueller Sachstand zum Einsatz von Drogenscannern in den Justizvollzugsanstalten“
- Vorlage 18/272 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der vorbezeichneten Sitzung hat der Rechtsausschuss die Landesregierung um schriftliche Berichterstattung gebeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den für die Sitzung vorbereiteten Text des Sprechvermerks:

„...zuletzt habe ich zum Sachstand nach der Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages am 10. Dezember 2020 schriftlich berichtet.

1/4

Kernarbeitszeiten

09:30 - 12:00 Uhr
14:00 - 15:00 Uhr
Freitag: 09:30 - 12:00 Uhr

Verkehrsanbindung

Bus ab Mainz-Hauptbahnhof
Linie 6 bis Haltestelle Bauhofstraße

Parkmöglichkeiten

Schlossplatz, Rheinufer
für behinderte Menschen:
Diether-von-Isenburg-Straße

Neue psychoaktive Substanzen – kurz NpS - sind synthetisch hergestellte, psychoaktiv wirkende Stoffe, mit denen die Wirkungen klassischer Drogen nachgeahmt werden. Der Konsum kann zu lebensgefährlichen Intoxikationen mit Kreislaufversagen, Ohnmacht, Psychosen oder Wahnvorstellungen führen. NpS, insb. synthetische Cannabinoide, sind seit einigen Jahren aus mehreren Gründen im Justizvollzug zunehmend verbreitet. Sie sind:

- im Online-Handel leicht zu erwerben,
- leicht zu schmuggeln, da sie in flüssiger Form unsichtbar auf Papier aufgetragen werden können,
- mit den herkömmlichen Drogenschnelltests nicht nachzuweisen

und versprechen hohe Gewinne beim Weiterverkauf, da bspw. aus einem mit NpS be träufelten Blatt Papier eine Vielzahl an Konsumeinheiten herausgeschnitten werden kann.

Um der Ausbreitung von NpS im Justizvollzug entgegenzuwirken, wurden im Justizvollzug des Landes folgende Maßnahmen insbesondere zur Schulung der Bediensteten ergriffen:

Im Jahr 2015 wurde in der JVA Wittlich in Kooperation mit dem Landesinstitut für präventives Handeln des Saarlandes mit einem Pilotprojekt zur Schulung der Bediensteten in der Erkennung von Drogenkonsumanzeichen begonnen. Hieraus entwickelte sich nach einer erfolgreichen Pilotphase ein landesweites Projekt, in dem mittlerweile

- die Anwärter in der Justizvollzugsschule an vier Tagen während der Ausbildung und
- Vollzugsbedienstete aus allen Anstalten des Landes bei mehreren Veranstaltungen jährlich an jeweils drei Tagen

durch das bei der Justizvollzugsanstalt Wittlich eingerichtete Projektteam in den Themen

- Drogenmarkt/Drogenwirkungen,
- Systematik der unbeeinflussten Beobachtung,
- Erkennen von Substanzmissbrauch,
- Konsumanzeichen bestimmter psychoaktiver Substanzen und
- Kommunikation mit beeinflussten Personen

geschult werden.

Des Weiteren konnte nunmehr in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt mit der bereits angekündigten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Drogendetektion mit den an dem Projekt interessierten Länder begonnen werden. Dies ist möglich, da seit Mitte 2018 der Drogendetektor IONSCAN 600 in enger Kooperation mit dem Landeskriminalamt in der JVA Wittlich im Einsatz ist:

Das Dezernat Chemie beim LKA hat die im IONSCAN 600 eingesetzte Datenbank mit den gängigsten synthetischen Cannabinoiden aufgebaut und hält sie ständig aktuell, indem neu aufkommende NpS wieder umgehend hinzugefügt werden.

Nachdem zunächst eine Doktorandin mit dem Aufbau der Datenbank begonnen hatte, ist nunmehr beim LKA eigens eine Chemikerin eingestellt worden, die das NpS-Projekt mit einer 100-Prozent-Stelle betreut. Seit Frühjahr 2019 testet die JVA Wittlich mit dem IONSCAN 600 für alle Justizvollzugsanstalten des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes mögliche Trägerstoffe, insb. Papier, auf Betäubungsmittel und NpS. Nachdem einige Bundesländer grundsätzlich Interesse an der Nutzung eines IONSCAN 600 gezeigt hatten, stellte Rheinland-Pfalz das Projekt im September 2020 im Rahmen der Sitzung des Strafvollzugausschuss der Länder in Glücksburg vor. Den Bundesländern wurde das Angebot unterbreitet, einem Länderverbund zur gemeinsamen Nutzung der Datenbank für den IONSCAN 600 unter Federführung von Rheinland-Pfalz beizutreten.

Mit der Firma NEISS-detection, die den IONSCAN in Deutschland vertreibt, konnte ein Rahmenvertrag geschlossen werden. Dieser wurde zusammen mit der Verwaltungsvereinbarung für den Länderverbund Ende April 2021 an die Bundesländer übersandt.

Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sind bereits mit Abschluss der Verwaltungsvereinbarung dem Verbund beigetreten. Im Laufe des Jahres 2021, spätestens zum Jahreswechsel, haben auch die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ihren Beitritt angekündigt. Hamburg und das Bundesland Sachsen-Anhalt zeigen auch großes Interesse an einem Beitritt.



Am 15.06.2021 fand ein Kick-off-Termin per Video-Schaltkonferenz mit den Sicherheitsreferenten der genannten acht Bundesländern statt, in der das weitere Vorgehen besprochen wurde.

Im nächsten Schritt wurde am 24. und 25. August 2021 für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die mit ihren Planungen am weitesten fortgeschritten sind, eine zweitägige Schulung der Bediensteten in der JVA Kaisheim in Bayern durch das Projektteam der JVA Wittlich durchgeführt. Das Projektteam wird grundsätzlich den teilnehmenden Ländern für Fragen zur Auswertung von Messergebnissen zur Verfügung stehen, des Weiteren sind jährliche Treffen der Kooperationspartner zum Wissens- und Erfahrungsaustausch geplant.

Zwischenzeitlich hat auch die Landespolizei Rheinland-Pfalz Interesse an einer Nutzung des IONSCAN mitgeteilt. Der Kriminalinspektion Trier wurde der IONSCAN 600 mit sehr positiver Resonanz vorgestellt. Der NpS-Koordinator des Justizvollzugs wurde wegen seiner Fachkunde im Zusammenhang mit dem IONSCAN bereits mehrfach von der Landespolizei zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen angefordert.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei dem Leiter der JVA Wittlich – Herrn Dr. Patzak – und seinem Team herzlich für den inzwischen fast bundesweiten Einsatz zu bedanken! Das NpS-Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie neue Probleme in der Vollzugspraxis schnell erkannt werden und mit kreativen modernen Lösungen gearbeitet wird.“

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Mertin